

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 347. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Ploty 4.—, wöchentlich Ploty 1.—; Ausland: monatlich Ploty 7.—, jährlich Ploty 84.—, Einzelnummer 15 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Telephon 136-90. Postcheckkonto 63.508
Geschäftsfunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30-3.30.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Ploty; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

„Heißer“ Tag im Brest-Prozess.

Feuer im Warschauer Bezirksgericht

Brest-Prozess auf heute vertagt. — Der Brandherd im Keller. — Die Brestakten gerettet.

Der Brest-Prozess vor dem Warschauer Bezirksgericht nahm gestern einen unerwarteten Verlauf. Gegen 9 Uhr früh, kurz vor Beginn der Gerichtsverhandlung, bemerkten die Gerichtsdienner starke Rauchschwaden, die aus den Kellerräumen des Gerichtsgebäudes in der Miodowa 15 drangen. In kurzer Zeit war das ganze Gebäude so mit Rauch gefüllt, daß sämtliche Anwesenden ins Freie flüchten mußten. Man alarmierte sofort die Feuerwehr, die bald feststellte, daß im Kellerraum des Gebäudes, in dem sich der Kesselraum der Zentralheizungsanlage befindet, ein großer Haufen Holz, das zum Trocknen ausgehängt neben dem Rauchfang lag, sowie Kohle durch die Hitze in Brand geraten war. Das Feuer drohte gefährlichen Umfang anzunehmen, und es bestand die Gefahr, daß durch die große Hitze die Heizungsanlage explodieren könnte. Die eingetrossene Feuerwehr ergriff sofort Maßnahmen, um dies zu verhindern.

Zwischen griff aber das Feuer in die Partieräume über, so daß auch hier sowie im ersten Stock mit der Löschaktion begonnen werden mußte. Im Kanzleizimmer der 8. Strafteilung fing bereits der Fußboden Feuer, so daß die Gefahr bestand, daß die in diesem Zimmer aufbewahrten Akten, darunter auch die Akten des Brest-Prozesses, ein Raub der Flammen werden könnten. In dem gefährdeten Zimmer wurde ein Teil des Fußbodens herausgehacht, so daß die Gerichtsdienner im letzten Moment noch die Akten retten konnten. Das Hauptlokal, das sich im Nebenzimmer befand, ist ausgebrannt. Einige Feuerwehrleute erlitten Brandwunden. Der Verkehr in der Miodowa-Straße mußte für einige Zeit gesperrt werden.

Angeichts solcher Sachlage mußte die gestrige Verhandlung abgefragt werden, und bald zeigte sich an den Saalküren die Bekanntmachung, daß „der Prozess des

Herrn Lieberman und anderer bis zum 19. Dezember vertagt wurde“.

Erst in später Abendstunde konnte das Feuer ganz unterdrückt werden. Das Kesselhaus der Zentralheizungsanlage ist vollständig ausgebrannt. Einige Säle sind von dem beim Löschen gebrauchten Wasser überschwemmt. Auch haben manche Gerichtsakten durch Wasser gelitten.

Die Verhandlung des Brest-Prozesses soll heute in einem anderen Saale weitergeführt werden. Heute soll Rechtsanwalt Nowodworski seine Verteidigungsrede beginnen.

Während dieses „heißen“ Prozesstages ereignete sich ein komischer Zwischenfall. Als nämlich die Rauchschwaden in den großen Verhandlungssaal, in dem der Brest-Prozess stattfindet, einzudringen begannen, verließen sämtliche Anwesenden fluchtartig den Saal. Allein der Wz. Mastek blieb ruhig auf der Anklagebank sitzen, bis es bereits ganz finster vor Rauch im Saale war. Als ihn jemand fragte, warum er denn hier sitze und nicht löfchen helfe, antwortete er seelenruhig: „Ich bin ja nicht der heilige Florian“ (Staatsanwalt Rauze hatte nämlich in seiner Anklagerede den Satz gebraucht, daß Mastek nicht ein heiliger Florian (der Schutzpatron der Feuerwehr — D. Red.) sei, der das Feuer des Aufwuhrs löfche, sondern daß er es noch mehr schüre und ansache).

Weihnachtsferien im Sejm.

Zuvor aber noch: Verrückung der Budgetüberschreitungen, Ablehnung des 15proz. Gehaltszuschlags, Ablehnung der ukrain. Anträge. Letzte Sitzung vor den Feiertagen.

Die gestrige Sejm-Sitzung begann um 4 Uhr nachmittags. Gleich zu Anfang referierte Abg. Ruzska (BB) die Gesetzesvorlage über die Zusatzkredite für die Zeit von 1929 bis 1931. Es handelt sich hierbei um die Budgetüberschreitungen, die für Gehälter und Emerituren verwendet wurden.

Abg. Kornicki (Nat. Klub) wies in seiner Rede darauf hin, daß die Regierung erst jetzt, nach 2 Jahren, vom Sejm die Legalisierung der Budgetüberschreitungen verlange. Redner kritisiert in scharfer Weise die Überschreitungen, die man für Emerituren verwendet, die nur aus Parteinteresse geschaffen wurden, da man unbedeutende Leute in den Ruhestand versetzte und ihnen die Emeritur auszahlte. Schließlich wurde die Gesetzesvorlage mit der Mehrheit der Regierungsabgeordneten angenommen und somit die Budgetüberschreitungen legalisiert.

Weiter referierte Abg. Solonicki (BB) ein Gesetzesprojekt, das eine Erweiterung der staatlichen Einkünfte auf die Bank Polki vorsieht. Dieses Gesetz wurde gleichfalls in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Ein Antrag der PPS, den Staatsbeamten den 15-prozentigen Gehaltszuschlag wieder zuzuerkennen, wurde abgelehnt.

In weiteren Verlauf der Sitzung kam der Antrag der Volkspartei und des Zentrolen über die Wahlmiffbräuche in Przemysl zur Diskussion, den der Abg. Pawlowicki (Volkspartei) motivierte. Die Dringlichkeit des Antrags wurde verworfen und der Antrag selbst, der die Einberufung einer speziellen Sejmkommission auf Grund des Art. 34 der Verfassung zur Untersuchung der Wahlmiffbräuche verlangt, der Kommission überwiesen.

Zu stürmischen Szenen kam es bei der Diskussion über einige ukrainische Anträge bezüglich der Schließung einiaer ukrainischer Schulen. Der Referent, Abg. Wojtowicz (BB) erklärte, die ukrainischen Schulen seien deshalb geschlossen worden, weil in ihnen staatsfeindliche Propaganda betrieben wurde. Unterrichtsminister Fenbrzejewicz knüpfte an die Ausführungen des Referenten an und betonte, daß die Schüler der geschlossenen Lehranstalten in andere Schulen gehen können, die ihre Loyalität dem Staate gegenüber erklärt und versichern

haben, daß sie sich jeglicher staatsfeindlicher Propaganda fernhalten werden.

Als die Abgeordnete Rudnicka (Ukrain.) die Rednertribüne betritt, schreien einige Regierungsabgeordnete: „Nach Genf fahren!“

Frau Rudnicka: „Zawohl, ich bin nach Genf gefahren und werde nach Genf fahren, um die ukrainischen Angelegenheiten zu verteidigen“. Die Rednerin erklärt, daß die Motivierung des Herrn Referenten und des Herrn Ministers nicht konsequent und logisch seien, da es Tatsache sei, daß bisher niemand von den ukrainischen Lehrern der geschlossenen Schulen, denen man staatsfeindliche Tätigkeit zuschreibt, von den Behörden deswegen verhaftet wurde. Es dürfe deshalb auch keine Schule geschlossen werden, weil man auch den Schülern keine staatsfeindliche Tätigkeit nachgewiesen habe.

Frau Abg. Jaworska (BB) wendet sich hierauf in scharfer Weise gegen die Abg. Frau Rudnicka und behauptet, daß die ukrainische Jugend für die Ermordung Solowtas verantwortlich gemacht werden müsse.

Auf den Banken der Ukrainer entsteht bei diesen Worten ungeheurer Lärm, der längere Zeit andauert.

Die ukrainischen Anträge wurden schließlich abgelehnt. Für die Anträge stimmten sämtliche Minderheiten, die PPS und die Volkspartei. Charakteristisch ist, daß der Nationale Klub, der sonst immer scharf gegen alle ukrainischen Fragen vorging, sich diesmal bei der Abstimmung der Stimme enthielt.

Damit wurde die Sitzung geschlossen. Es war dies die letzte Sitzung vor den Feiertagen. Die nächste Sejm-Sitzung findet am 12. Januar n. J. statt.

Sejmabgeordnete den Gerichten ausgeliefert.

Gestern beschloß die Sejmkommission für die Unantastbarkeit der Abgeordneten, auf Antrag der Staatsanwaltschaft folgende Abgeordneten den Gerichten auszuliefern: Marian Dombrowski (BB), Kleszczynski (BB), Ciolkosz (PPS), Niedzialkowski (PPS), Gibelus (BB), Lech (BB) sowie die kommunistischen Abgeordneten Danek, Burzynski und Elaczw.

Polen vor Erhöhung der Zölle.

Bekanntlich bereitet sich Polen seit längerer Zeit darauf vor, einen anderen Weg in der Handelspolitik zu beschreiten. Man weist darauf hin, daß für Polen die Aufrechterhaltung der Aktivität der Handelsbilanz eine Notwendigkeit sei und da der Export bei der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage nicht vergrößert werden kann, will man dem Beispiele anderer Staaten folgen und die Zollmauern um unser Land noch weiter erhöhen.

In diesem Zusammenhang ist ein Leitartikel von Interesse, den die offiziöse „Gazeta Polska“ veröffentlichte. Das Blatt der polnischen Regierung macht zunächst die überraschende Feststellung, daß Polen gegenwärtig eigentlich eines der wenigen Länder sei, die den Grundsatz des Freihandels anwenden. Es geht sodann näher auf die Notwendigkeit einer Aktivität der Zahlungsbilanz ein und sieht drei Wege, die zu dieser Aktivität führen. Einmal könnte man diese Aktivität durch Vergrößerung des Exports erreichen, was aber gegenwärtig für Polen unmöglich sei. Sodann könnte man die Zahlungsbilanz durch Einschränkungen des Devisenverkehrs schützen, aber auch dieser Weg würde von Polen nicht bestritten werden. Zumindes hofft man, daß man nicht zu diesen Mitteln greifen braucht. Der dritte und letzte Weg sei der einer Erhöhung der Zölle, durch die die Einfuhr stark eingeschränkt würde. Diesen Weg verbunden mit einem genauen Kontingentsierungssystem hätte man in Polen bereits auf breiter Grundlage in den Jahren 1925 bis 1928 angewandt. Man würde auch gegenwärtig wieder dazu greifen. Vor kurzer Zeit noch sei die Aktivierung der Handelsbilanz durch Einfuhrverbote als ein großes Uebel verschrien gewesen. Heute aber vergreifen sich die ausländischen Vorbilder einer solchen Handelspolitik. Man müßte deshalb auch polnischerseits diese Notwendigkeit, die Polen von seinen Handelskontrahenten aufgezwängt wurde, durchführen und zwar schon in der nächsten Zeit.

Jad Diamond gestorben.

Neunork, 18. Dezember. Der Bandenführer Jad Diamond ist gestorben.

Der Herr Seimbürodirektor Dziadosz.

Taktlosigkeit und Untertun der parlamentarischen Gebräuche wird ihm zum Vorwurf gemacht. — Das Budget des Sejm und Senats in der Budgetkommission.

Die Budgetkommission des Sejm behandelte in ihrer gestrigen Sitzung das Budget des Sejm und Senats. Eingangs der Sitzung erklärte der Vorsitzende, Abg. Byrta, daß mit Rücksicht auf die griechisch-katholischen Feiertage nach Neujahr die Weihnachtsserien für die Kommission bis zum 11. Januar dauern müßten. Trotz des Einspruchs mancher Abgeordneten hat die Kommission im Sinne des Vorschlags des Abg. Byrta entschieden.

Ueber das Budget des Sejm und Senats referierte Abg. Czernikowski, der gleich zu Anfang erklärte, daß in sämtlichen Abteilungen Einsparungen vorgenommen wurden. Hauptsächlich durch die Herabsetzung der Diäten und der Gehälter wurde eine größere Ersparnis erzielt. Ohne Berücksichtigung der Abgeordnetenblättern und der Investitionen wurden die Ausgaben um 526 000 Zloty herabgesetzt. Der Budgetvorschlag sieht 46 Etats für Geistesarbeiter und 60 für niedere Angestellte vor. 9258 Zloty für Verkehrsausgaben sollen gestrichen werden. Die Kosten für Drucksachen sind mit 88 000 Zloty angesetzt. Die Einkünfte aus der Vermietung der Dienstwohnungen sollen um 15 000 Zloty erhöht werden.

In der Diskussion nahm als erster Abg. Trompczynski (Nat. Klub) das Wort, der erklärte, daß er in der Sitzung gewisse Angelegenheiten im Beisein des Sejmarschalls Switalski berühren wollte. Marschall Switalski sei aber trotz der ausdrücklichen Einladung durch den Nat. Klub zur Sitzung nicht erschienen. Deshalb werde er gezwungen sein, diese Angelegenheiten vor das Sejmplenum zu bringen. Trompczynski sagte dann, daß der Sejmarschall zum Direktor des Seimbüros einen Menschen gemacht habe, der seine Pflichten nicht kenne. Dieser Seimbürodirektor, Herr Dziadosz, habe sich dem Präses eines Sejmklubs gegenüber eine grobe Taktlosigkeit zuschulden kommen lassen. Sejmarschall Switalski, an den man in dieser Angelegenheit appellierte, habe erklärt, daß er sich nicht kompetent fühle, die Sache zu erledigen. Das ist eine unrichtige Stellungnahme, die im Widerspruch steht zu den Dienstvorschriften. Ein Beamter ist auch außerhalb seines

Amtes für seine Taten und für sein Benehmen verantwortlich. In den anderen Staaten ist es Hauptaufgabe des Direktors des Parlamentsbüros, die staatlichen Gehebe zu registrieren. Außerdem muß er sowohl das Reglement wie die verschiedensten Gebräuche — nicht nur seines eigenen Parlaments, sondern auch der fremden ganz genau kennen, da ein einziges Reglement nicht alle Streitfälle vorzusehen könne, die sich zuweilen ergeben. Direktor Dziadosz hat vor Gericht bekannt, daß er ein grundsätzliches Werk über den Parlamentarismus nicht kenne, er besitze also durchaus nicht die nötige Vorbereitung für sein Amt. Solch eine Ernennung kann man nur mit dem jetzigen System erklären.

Der Vorsitzende, Abg. Byrta, erwiderte hierauf, die Kommission sei keine Instanz zur Erledigung außerbudgetlicher Angelegenheiten für den Sejmarschall oder zur Qualifizierung der Seimbürobeamten. Da Abg. Trompczynski den Sejmarschall in seiner Abwesenheit kritisiert habe, rufe er ihn zur Ordnung.

Abg. Dobrowolski (PPS) berührte die Angelegenheit der Besoldung der niederen Angestellten des Seimbüros, denen trotz der Gehaltskürzungen noch der 30prozentige Zuschlag für die Sejmigungen entzogen wurde, so daß ein Sejmdienstler kaum 90 Zloty monatlich erhalte. Diesen Leuten hat man nun noch die kleinen Nebenbedienste aus der Garderobe und dem Sejmhotel entzogen, indem diese Beträge an das Seimbüro abgeliefert werden, und die dann der Direktor nach eigenem Gutdünken verwende. Redner verlangt, daß der 30prozentige Zuschlag den niederen Funktionären wieder zuerkannt werde.

Auch der Direktor des Seimbüros, Dziadosz, ergriff schließlich das Wort und erklärte u. a., daß sein Vorgänger nur Volksschulbildung hatte.

Abg. Trompczynski: Aber er wurde erst nach 14jähriger Arbeit angestellt.

Zum Schluß ergriff noch der Referent, Abg. Czernikowski, das Wort, worauf die Sitzung vertagt wurde.

Fünf Minuten vor zwölf.

Oesterreichs Arbeiter zum Kampf um die Republik mit allen Mitteln entschlossen.

Wien, 18. Dezember. Im österreichischen Nationalrat kam es am Freitag zu wütenden Lärmereien bei der Erörterung einer sozialdemokratischen Anfrage wegen der Voigtberger Vorfälle. Bei der Begründung der Anfrage erklärte der Sozialdemokrat Muchitsch, er wolle garricht leugnen, daß sich Waffen in den Händen der Arbeiter befänden. „Glauben Sie, daß die österreichischen Arbeiter sich abschlagen lassen?“ Die Arbeiterschaft sei entschlossen, die Republik mit allen Mitteln zu verteidigen. Man gingen die Zwischenrufe und der Lärm, die bereits während der Rede eingelegt hatten, mit verstärkter Heftigkeit los. Vom Heimatslokal wurde unter Hinweis auf den Abg. Wallisch, der bei der ungarischen Katediktatur volksbeamtet war, gerufen: „Sie wissen, wie man Bäume zum Galgen macht“. Während der Rede des Abg. Deutsch (Sozialdemokrat) wurden die Zwischenrufe immer stärker. Bei den Sozialdemokraten sprangen einige Abgeordnete von den Bänken und eilten auf die Heimatslokalabgeordneten zu. Da es zu einem Handgemenge zu kommen schien, hob der Präsident die Sitzung auf. Der Präsident mußte die Abgeordneten schließlich auffordern, den Saal zu räumen, was allmählich geschah.

Wien, 18. Dezember. Nach Wiedereröffnung der Sitzung des Nationalrates hat der Präsident die Abgeordneten, die Würde des Hauses zu wahren, und erteilte den Zwischenrufern Ordnungsrufe. Abg. Deutsch setzte darauf seine Rede fort. Die Sozialdemokraten hatten sich vor der Rednertribüne aufgestellt. In ihrem Beifallsstillsitzen ergan die Zwischenrufe des Heimatslokales unter. In dem allgemeinen Lärm blieb der Redner fast unverständlich. Deutsch erklärte u. a., die Gefahr liege darin, daß durch das Verhalten der Regierung und der bürgerlichen Parteien die Heimwehrschützen ermutigt würden. Es sei kein anderer Ausweg möglich, als mit der Waffe. Wenn die Arbeiterklasse zu der Ueberzeugung komme, es gehe nicht anders, dann werde sie sich wehren. Die Sozialdemokraten hätten die Nachricht erhalten, daß die Heimwehren neuerdings losgeschlagen wollten. Die Uhr zeigte 5 Minuten vor 12. Er rufe den bürgerlichen Parteien zu, sie mögen sich der großen Verantwortung bewußt sein, die sie trügen. Die Sitzung wurde auf Sonntag vertagt.

Aussicht Brimer — kein Hochverräter.

Eigenartige Ansichten der österreichischen Geschworenen. Alle Angeklagten freigesprochen.

Graz, 18. Dezember. Die Geschworenen im Brimer-Prozess haben die Fragen, ob Dr. Brimer und Dr. Kammerhofer des Hochverrats schuldig seien, verneint. Wahrscheinlich werden auch die Schuldfragen bei den übrigen Angeklagten verneint werden.

Graz, 18. Dezember. Die Urteilsverkündung im

Primer-Prozess, die auf Freispruch aller Angeklagten lautete, wurde von der Menge mit stürmischen Kundgebungen aufgenommen. Man hörte Rufe: „Heil dem steirischen Recht“. Als kurz darauf die sämtlich Freigesprochenen vor dem Gerichtsgebäude erschienen, wurden sie lebhaft begrüßt. Für den Abend ist eine große Versammlung angesetzt.

Keine deutsch-englischen Zollverhandlungen.

Berlin, 18. Dezember. Die englische Regierung hat das Ersuchen der deutschen Regierung auf Verhandlungen über die englischen Zollmaßnahmen abgelehnt.

Kalinin über den Fünfjahresplan.

21 Milliarden Rubel für Rußlands Wirtschaft.

Moskau, 18. Dezember. Die Session des allrussischen Zentralkomitees der KESZM wurde im Großen Kremlopalaste in Anwesenheit des diplomatischen Korps, der Vertreter der Großbetriebe der KESZM, der Sowjetwirtschaftsorganisationen und der Vertreter der in- und ausländischen Presse eröffnet. Unter stürmischem Beifall eröffnete Kalinin die Session, der u. a. in seiner Eröffnungsrede ausführte:

„Es besteht kein Zweifel mehr darüber, daß der Fünfjahresplan als Ganzes in vier Jahren erfüllt, in einer Reihe von Zweigen sogar übererfüllt sein werde. Der Fünfjahresplan, den unsere Feinde anfangs als Chimäre hielten, wird, statt in fünf Jahren, bereits in vier Jahren erfüllt sein. Jetzt aber sehen alle, daß der Fünfjahresplan zum Banner des Kampfes um den Sozialismus nicht allein unter der Arbeiterklasse, sondern sogar auch unter der Bauernschaft wurde. Im Auslande wurde die „Pjatiletka“, der Fünfjahresplan, zu einer internationalen Bezeichnung.“

Die Durchführung dieses Planes bilde bloß das Fundament für die künftige Entfaltung des breitesten sozialistischen Aufbaues, für die künftige Verbesserung der Lage aller Werktätigen in der Sowjetunion auf der Grundlage der angehäuften Produktionsressourcen.“

Nach Kalinin ergriff Sulimow das Wort, um über die Kontrollziffern der Volkswirtschaft der KESZM für das Jahr 1932 Bericht zu erstatten.

Die Presse veröffentlicht einen Bericht des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Sowjetunion über die Kontrollziffern der Planwirtschaft im Jahre 1932.

Ein bedeutungsvolles Urteil.

Berichte über öffentliche Gerichtsverhandlungen dürfen nicht beschlagnahmt werden.

Das Oberste Gericht hat dieser Tage eine bedeutungsvolle Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur der „Polonia“ durchgeführt, der wegen Vergehens gegen Art. 131 des deutschen Strafgesetzbuchs und § 20 des deutschen Pressegesetzes angeklagt war, weil in der Nummer der „Polonia“ vom 18. Februar 1931 ein Bericht veröffentlicht war über die Verhandlung gegen die „Gazeta Wydzgostka“ wegen eines Press-Artikels und Veröffentlichung einer Stelle aus der Anklageschrift, die den Text des beschlagnahmten Artikels der „Gazeta Wydzgostka“ enthielt.

Das Oberste Gericht beschloß, die Strafsache niederzusetzen, indem es dabei von der Annahme ausging, daß Berichte über öffentliche Gerichtsverhandlungen nicht der Beschlagnahme unterliegen und niemand wegen Abdrucks eines solchen Berichtes zur Verantwortung gezogen werden könne.

Die nähere Begründung wird in einer Woche bekanntgegeben. Das Gericht stützte sich bei seinem Urteil auf Artikel 82 der Verfassung und Art. 315 des Strafgesetzbuchs. Das vorliegende Urteil ist von grundlegender Bedeutung. Denn es handelt sich hier um die erste Entscheidung des Obersten Gerichts in Sachen der Beschlagnahme von Berichten über öffentliche Gerichtsverhandlungen.

Auch die „Łódzjer Volkszeitung“ wurde am 22. Oktober d. J. wegen Veröffentlichung nachstehenden Abzuges aus der Anklageschrift gegen die Dresdener Gefangenen beschlagnahmt: „Die Anklageschrift wirft allen obengenannten Personen vor, daß sie vom Jahre 1928 bis zum September 1930 nach gegenseitigem Einvernehmen gemeinsam ein Attentat vorbereitet hätten, dessen Ziel es gewesen sei, mit Gewalt die Mitglieder der Regierung zu beseitigen und sie durch andere Personen zu ersetzen.“ Der Prozeß gegen den verantwortlichen Schriftleiter Emil Zerbe wird in Kürze stattfinden.

Frankreich fordert Neuwahl des Sejm? Anleihe an Polen nur bei Einstellung des Terrors.

Die oberösterreichische „Polonia“ glaubt berichten zu können, daß der vor kurzem nach Warschau zurückgekehrte Finanzminister Roc, der in Paris über eine französische Anleihe für Polen verhandelt hat, in den dortigen Finanzkreisen die Antwort erhalten habe, eine französische Anleihe käme nur unter bestimmten Garantien in Frage, die sich nicht nur auf finanzielle Sicherheiten, sondern auch auf die politischen Verhältnisse in Polen beziehen müßten.

Frankreich wäre zu einer finanziellen Hilfe an Polen bereit, halte es aber für unbedingt notwendig, daß der gegenwärtige aus Terrorwahlen hervorgegangene Sejm aufgelöst werden soll. Neuwahlen ohne Beeinflussung durch die Regierungsgewalt, die die wahre Orientierung der heutigen Polen zeigen würden, wären erforderlich, wenn Polen in maßgebenden französischen Kreisen Unterstützung finden wolle.

Die „Polonia“ erblickt in dieser Einstellung der französischen Finanzwelt eine Rückwirkung des Drest-Prozesses, dessen Verlauf in Frankreich außerordentlich verfolgt wird. Es sei klar, daß wenn einer Reihe polnischer Parteiführer wegen Vorbereitung des Bürgerkrieges der Prozeß gemacht werde, das Vertrauen des Auslandes in die Stabilität der Verhältnisse in Polen stark erschüttert werden muß.

Der Kapitalaufwand für die gesamte Volkswirtschaft wird mit 21 Milliarden Rubel gegenüber 16 Milliarden Rubel im Jahre 1931 präliminiert.

Englands Reparations-Memorandum.

Paris, 18. Dezember. Wie hier verlautet, umfaßt die englische Note 12 Seiten. Sie wird in der Pariser Presse als erster Schritt zu der erhofften Verständigung mit England über eine befriedigende Lösung der finanziellen Fragen bezeichnet. Im übrigen deckt sich der Inhalt mit den aus London darüber verbreiteten Berichten.

England hat die Reparationen satt.

Paris, 18. Dezember. Der englische Delegierte auf der Sachverständigenkonferenz in Basel, Lanyon, hat nach einem Bericht der „Journee Industrielle“ gestern dem Leiter einer großen Bank folgendes erklärt: England hat die Reparationen satt. Wir werden das Pfund Sterling so lange nicht stabilisieren, so lange die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas durch den Druck der Reparationen paralysiert wird.

Ausschub der Abrüstungskonferenz?

London, 18. Dezember. Die „Morning Post“ behauptet, daß das Völkerbundsekretariat die Möglichkeit eines Ausschubs der Abrüstungskonferenz erwäge.

